

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT****Alois Stöger**  
Bundesminister**XXIV. GP.-NR****14613 /AB****23. Juli 2013**

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

**zu 14999 /J**

GZ: BMG-11001/0186-I/A/15/2013

Wien, am *22.* Juli 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische  
**Anfrage Nr. 14999/J der Abgeordneten Schenk und Kollegen** nach den mir  
vorliegenden Informationen wie folgt:

**Fragen 1 bis 8:**

Die Überwachung erfolgt durch die jeweils vorgeschriebenen Einrichtungen wie  
Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Die gegenständlichen Fragen betreffen das operative Geschäft der Einrichtungen. In  
diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass sich das Interpellationsrecht in  
Bezug auf selbständige juristische Personen im Sinn der Anfrage nur auf die Rechte  
des Bundes (z.B. Anteilsrecht in der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft oder  
Wahrnehmung der Gesellschafterrechte in der Generalversammlung einer GmbH)  
und die Ingerenzmöglichkeiten seiner Organe beschränkt, nicht jedoch auf die  
Tätigkeit der Organe der juristischen Person bezogen werden kann (vgl. Mayer B-VG,  
3. Auflage, Pkt. II.1 zu Art. 52 B-VG).

Die gegenständlichen Fragen betreffen ausschließlich Handlungen von  
Unternehmensorganen und liegen somit außerhalb meiner politischen  
Verantwortung. Sie sind daher grundsätzlich nicht vom Interpellationsrecht umfasst.

Ich weise jedoch auf das insbesondere gemäß § 67 BHG bestehende Beteiligungs- und Finanzcontrolling für

- Gesellschaften, an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist, bzw.
- verschiedene der Aufsicht des Bundes unterliegende Gesellschaften und Anstalten öffentlichen Rechts

hin.

Abschließend möchte ich auch auf die Regelungen im Public Corporate Governance Kodex hinweisen, die in den ausgegliederten Einrichtungen in meinem Wirkungsbereich bereits umgesetzt werden.

